

## Apropos 92

# Warum der Kapitalismus Menschen zu Sklaven macht

Die «bürgerliche Weltordnung»<sup>1</sup> hat in den letzten Jahrhunderten ein soziales Phänomen heraufgebracht: den Kapitalismus, der «zu einem furchtbaren Bedrucker der großen Menschenmasse geworden ist». Man wird, sagt Rudolf Steiner, «wenig (...) einwenden können gegen all das, was von» sehr vielen Menschen «gegen das Bedrückende des Kapitalismus in geistiger, rechtlicher, wirtschaftlicher Beziehung gesagt worden ist». (Vgl. *Apropos 90* und *91*)

## Die «Ware Arbeitskraft»: Immanente Sklaverei

Als am meisten menschenunwürdig wird dabei die dem Kapitalismus immanente Sklaverei empfunden. Denn: «die moderne kapitalistische Wirtschaftsordnung kennt im Grunde genommen nur Ware. (...) Und es ist innerhalb des kapitalistischen Organismus der neueren Zeit etwas zu einer Ware geworden, von dem heute» der Mensch «empfindet: es darf nicht Ware sein. (...) Das ist nämlich seine eigene Arbeitskraft.»<sup>2</sup> Und weiter: «Wenn man einmal einsehen wird, dass hier einer der Grundimpulse der ganzen modernen sozialen Bewegung liegt, dass in den Instinkten, in den unterbewussten Empfindungen des modernen» Menschen «ein Abscheu davor lebt, dass er seine Arbeitskraft dem Arbeitsunternehmer ebenso verkaufen muss, wie man auf dem Markte Waren verkauft, dass er einen Abscheu empfindet, dass auf dem Arbeitskräftemarkt nach Angebot und Nachfrage seine Arbeitskraft ihre Rolle spielt, wie die Ware auf dem Markte unter Angebot und Nachfrage, wenn man darauf kommen wird, dass dieser Abscheu vor der Ware Arbeitskraft der eigentliche Grundimpuls der modernen sozialen Bewegung ist, (...) dann wird man den Punkt gefunden haben, von dem ausgegangen werden kann.» Die «Ware Arbeitskraft» ist ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten und muss verschwinden: «Im Altertum gab es Sklaven. Der ganze Mensch wurde wie eine Ware verkauft. Etwas weniger vom Menschen wurde verkauft, aber noch immer nahezu der ganze Mensch, in der Leibeigenschaft. Das Kapital ist die Macht geworden, die noch etwas vom Menschen als eine Ware in Anspruch nimmt, nämlich seine Arbeitskraft. Die Methoden müssen gesucht werden, durch die getrennt werden kann von der übrigen Warenzirkulation die Ware Arbeitskraft.» Denn: «Die Arbeit ist etwas, was so durchaus verschieden ist von den Waren, dass es ganz und gar ohne wirtschaftliche Schäden unmöglich ist, in der gleichen Weise Geld zu zahlen für die Ware und für die Arbeit.»<sup>4</sup> Und: «Nicht nur eine andere Form der Entlohnung, die nichts weiter ist als ein Kauf von Arbeitskraft als Ware, sondern die Entkleidung der Arbeitskraft

von dem Warencharakter im modernen Wirtschaftsleben muss angestrebt werden.»<sup>5</sup>

## 30 Millionen «Ganz-Menschen»-Sklaven

*Apropos*: Obwohl die Sklaverei offiziell praktisch überall abgeschafft ist, gibt es auch heute noch «Ganz-Menschen»-Sklaven. Weltweit sind es 30 Millionen, wie dem *Globale Sklaverei Index* der australischen Nichtregierungsorganisation Walk Free Foundation (WFF) zu entnehmen ist. «Sie schuften in Kohleminen, auf Baustellen oder Äckern, pflegen Alte und Kranke, putzen Häuser oder bieten sich auf dem Straßenstrich an – gefangen gehalten und entmachtet, ausgebeutet für den Profit, den Sex oder einfach für den Nervenkitzel.» WFF zeigt, «dass in Mauretanien, Haiti, Pakistan und Indien proportional zum Rest der Bevölkerung die meisten Sklaven leben. In Indien kommen knapp 14 Millionen Sklaven auf 1,2 Milliarden Einwohner». Auch in Europa leben 880000 Sklaven (davon 10000 in Deutschland), wie ein Bericht des CRIM-Komitees, einem Sonderausschuss des EU-Parlamentes für organisiertes Verbrechen, zeigt. «Etwa zwei Drittel sind Frauen, die meisten werden sexuell ausgebeutet. Viele von ihnen sind illegal in der EU, Flüchtlinge und Migranten, die Angst haben, von den Behörden entdeckt und zurück in ihre Heimat geschickt zu werden. Diese Angst zwingt sie, stillzuhalten. Insgesamt, schätzen die Autoren des CRIM-Berichts, werden mit Menschenhandel jährlich 25 Milliarden Euro umgesetzt.»<sup>6</sup>

## Ursache der Weltkriegskatastrophe

Zurück zu Rudolf Steiner. Da stellen sich die Fragen: «Wie können wir den Kapitalismus überwinden? Wie können wir das Privateigentum an Produktionsmitteln überwinden?» Manche «kommen dann auf die uralte Ordnung der menschlichen Gesellschaftseinrichtungen, die der Genossenschaft und dergleichen, das heißt, sie kommen darauf, ein Gemeineigentum der Produktionsmittel als ein Ideal anzusehen.» Das ist zwar verständlich. Aber kann man im Rahmen des alten Staates, dem man eine Wirtschaftsordnung einfügt, «eine Erlösung von dem Bedrückenden, das die Vergangenheit heraufgebracht hat, herbeiführen?»

Der moderne Staat «ist ja dadurch entstanden, dass in einer Zeit – im 16., 17. Jahrhundert –, in der sich auch die moderne Technik, der moderne Kapitalismus entwickelten, die leitenden Kreise», die die Arbeitenden «dann immer mehr und mehr an die Maschine rufen mussten, fanden, in dem Rahmen des Staates seien ihre Interessen am besten befriedigt. Und so fingen sie an, in den Zweigen, wo es ihnen

bequem war, das Wirtschaftsleben in den Staat einlaufen zu lassen. Und insbesondere als die modernen Errungenschaften heraufkamen, wurden ja weite Teile des Wirtschaftslebens, wie das Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesen, in die Wirtschaft des Staates übernommen, die ja von alters her überkommen war. Dazumal ließ man auch das Geistesleben in das moderne Staatsgefüge einlaufen! Und immer mehr und mehr kam es zu dieser Verschmelzung von Wirtschaftsleben, Rechtsleben des Staates und geistigem Leben. Diese Verschmelzung führte nicht nur zu all den unnatürlichen Zuständen, welche mit dem Bedrückenden der neueren Zeit zusammenhängen, sondern es führte diese Verschmelzung zuletzt auch zu den verheerenden Wirkungen der Weltkriegskatastrophe.»<sup>3</sup>

### Wie die Wirtschaft den Staat instrumentalisiert

Wie die Wirtschaft den Staat auch heute noch instrumentalisiert, zeigt zum Beispiel die deutsche Autoindustrie. (Eigentlich «vertrauliche») Briefwechsel zwischen dem Verband der Automobilindustrie (VDA) und deutschen Ministerien «offenbaren» ein bisher nicht gekanntes Ausmaß von Lobbyismus. Dabei geht es um den Entwurf für die Verordnung, die die Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Neuwagen regeln soll. (...) Zu sagen, dass das Wirtschaftsministerium den Lobbyisten weitgehend entgegenkam, ist untertrieben. Der Automobilverband hat beim Entwurf sogar die Abstimmung zwischen den Ministerien übernommen. Eigentlich sollte das sogenannte Energielabel den Käufern von Autos zeigen, wie effizient das Fahrzeug beim Kraftstoffverbrauch und wie sparsam es beim Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist. Umweltverbände halten die inzwischen eingeführte, verpflichtende Einstufung der Pkw in Effizienzklassen jedoch für irreführend, da schwere Pkws bevorzugt werden. Angesichts der massiven Einflussnahme der Autoindustrie überrascht das nicht. Insbesondere zu Beginn des neuen Kennzeichnungssystems, schreibt die VDA-Geschäftsführung (...) an drei Ministerien, «sollte sichergestellt werden, dass alle Hersteller ihre Top-Produkte auch in den vordersten Rängen wiederfinden». Die Vorgaben für die beste Effizienzkategorie sollten deshalb spürbar gesenkt werden.»<sup>7</sup> Diese Machenschaften wurden nur bekannt, weil die Umweltorganisation *Deutsche Umwelthilfe* bis vor dem Europäischen Gerichtshof Einsicht in die Akten erstritt, der das Gericht im Juli zustimmte. In dieses Bild passt auch, dass Deutschland bei Verhandlungen in Brüssel strengere EU-Abgasnormen offenbar um zwei Jahre hinausschieben kann.

So kann es nicht verwundern, dass die deutsche Tageszeitung *Handelsblatt* mit der Titelgeschichte «Die Auto-Kanzlerin»<sup>8</sup> erschien. Wie ihr Vorgänger Gerhard Schröder sucht auch Angela Merkel aus naheliegenden Gründen die Nähe zur Auto-Industrie. Ein deutscher Kanzler oder eine Kanzlerin ist immer auch ein Regierungschef fürs Auto. 750 000 Menschen arbeiten in dieser Industrie, Zulieferer

und Dienstleister noch nicht mitgezählt – eine Schlüsselbranche mit mehreren Millionen Arbeitsplätzen. Allerdings kam bei Frau Merkel jetzt so viel zusammen, dass eine andere Tageszeitung titelte: «Eine Kanzlerin am Abschlepphaken der Autoindustrie?»<sup>9</sup> Denn einen Tag nach der *Handelsblatt*-Geschichte wurden Großspenden der Familien Quandt und Klatten in Höhe von insgesamt 690 000 Euro an die CDU bekannt. Der Clan ist der größte Anteilseigner am Autobauer BMW. In dieses Bild würde auch passen, «dass mit Matthias Wissmann ein ehemaliger CDU-Bundesminister seit 2007 dem Verband der Autohersteller vorsteht. Wissmann und Merkel saßen gemeinsam im Kabinett von Helmut Kohl, wobei es zwischen einem Verkehrs- und einer Umweltministerin schon zufolge Zuständigkeit selten Gemeinsamkeiten gibt. Vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass Merksels Staatsminister im Kanzleramt, Eckart von Klæden, neuer Chef-Lobbyist bei Daimler wird. Klædens Vorgänger freilich war der ehemalige Pressesprecher des damaligen SPD-Außenministers Frank-Walter Steinmeier.» Eine andere Tageszeitung liegt hoffentlich mit ihrem Kommentartitel nicht falsch: «Die Kanzlerin ist nicht käuflich»<sup>10</sup>. Nur: Das deutsche Parteiengesetz verbietet nicht nur die Einflussnahme per Geld, sondern auch den Anschein von Einflussnahme. In Paragraph 25 heißt es, dass von Parteien Spenden nicht angenommen werden dürfen, wenn diese «erkennbar in Erwartung eines bestimmten Vorteils gewährt werden». Aber was heißt schon «erkennbar»?

### Die Abzocker-Mentalität

Rudolf Steiner fragte sich 1919, wie der moderne Arbeiter («Proletarier» – wie man damals sagte) das empfindet, «was als eine Gesellschaftsordnung sich herausgebildet hat seit drei bis vier Jahrhunderten, seit jener Zeit, in der auch der moderne Kapitalismus und die moderne Technik in die Menschheitsentwicklung eingetreten sind? Wie hat der moderne Proletarier das alles empfunden, was er wie ein Außenstehender ansehen musste, was er, soweit er es gebrauchen konnte, ja gerade mit seinem innigen Anteil aufnehmen wollte, damit er etwas auch für seine Seele habe?» Die Antwort lautet: «Die alten führenden Kreise sprachen zu ihm von mancherlei Mächten und Kräften, die im geschichtlichen Werden der Menschheit tätig sind; sie sprachen zu ihm von allerlei sittlichen Weltordnungen und ähnlichem. Er aber, der moderne Proletarier, der den Blick hinauf wendete zu dem, was diese herrschenden Klassen taten, der empfand wenig von der Kraft, von der inneren Ursprünglichkeit solcher sittlichen Weltordnungen; er empfand, dass das Handeln, das Denken, das Empfinden der führenden, leitenden Kreise im wesentlichen geprägt ist von dem, wie sie leben können vermöge ihrer Wirtschaftsformen, ihrer Wirtschaftsordnung, durch die sie in der Lage sind, sich ihre Zivilisation zu begründen als eine Art Überbau auf dem Elend, auf der Bedrückung größerer

Menschheitsmassen, die für sie arbeiten mussten.» Heute nennt man das «Abzocker-Mentalität».

Allmählich dämmerte dem «modernen Proletariat» die Wahrheit, wenn es die Wirklichkeit mit den hehren Gedanken über die Menschheitsentwicklung verglich. «Der moderne Proletarier empfand eine Wahrheit über das, wober die anderen in einer gewissen Weise im Lügenhaften phantasierten; sie sprachen von sittlicher, von göttlicher Weltenordnung, durch die die Menschen in gegenseitige gesellschaftliche Verhältnisse auf der Erde gebracht werden. Der Proletarier empfand das als eine tiefe Lüge. Und er empfand, dass in alledem die Wahrheit ja ist, dass die Leute so leben, wie sie können dadurch, dass sie das wirtschaftliche Leben zu ihrer Bequemlichkeit, zu ihren Gunsten ausnützten.»<sup>3</sup>

### **Kostenexplosion von 2,5 auf 31 Millionen Euro**

Die Diskrepanz zwischen Predigten zur göttlichen Weltenordnung und satter Bequemlichkeit lässt sich auch heute noch finden. Zum Beispiel in der hessischen Bischofsstadt Limburg an der Lahn. Im Januar 2008 wird Franz-Peter Tebartz-van Elst als Nachfolger von Franz Kamphaus in das Amt des Bischofs von Limburg eingeführt; Ende 2008 hatte er das Domkapitel schon ausgebootet, auch, was die Finanzaufsicht betraf. Seither konnte dem Bischof keiner mehr auf die Finger schauen. Im Juni 2011 wird der Grundstein für den neuen Bischofssitz gelegt; bereits im Februar 2007 hatte das Domkapitel den Bau beschlossen. Im Juni 2013 werden die Dienst- und Verwaltungsräume im neuen Bischofssitz eingeweiht. Allein die Kosten für die Arbeiten am historischen Bestand wie etwa der Stadtmauer werden auf 9,85 Millionen Euro beziffert. Die Gesamtkosten sollen deutlich höher liegen. Ursprünglich waren für das Gesamtprojekt 2,5, dann 5,5 Millionen Euro eingeplant. Davon stammen 2,5 Millionen Euro aus einer Rücklage des Bistumshaushalts aus dem Jahr 2004. Die übrigen Kosten trägt der Bischöfliche Stuhl, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Im August 2013 schätzen Medienberichte die Kosten für den neuen Bischofssitz nun auf 15 bis 20 Millionen Euro; deswegen protestieren Katholiken aus dem Bistum mit einem offenen Brief gegen den Bischof. Am 7. Oktober 2013 beziffert das Bistum die Gesamtkosten auf rund 31 Millionen Euro. (Gerüchte wollen wissen, dass die Endsumme gegen 40 Millionen Euro betragen wird.) Nach Bekanntwerden dieser Kostenexplosion werden Rücktrittsforderungen gegen den Bischof laut. Bei der Staatsanwaltschaft Limburg gehen Anzeigen wegen des Verdachts der Untreue gegen den Bischof und gegen das Kontrollgremium, den Vermögensverwaltungsrat (der seit dem Frühjahr 2011 amtiert), ein. Am 10. Oktober gibt die Staatsanwaltschaft Hamburg bekannt, dass sie einen Strafbefehl gegen den Bischof wegen falschen eidesstattlichen Versicherungen beantragt hat. Am 23. Oktober verkündet der Vatikan, dass Tebartz-van Elst vorerst die Amtsgeschäfte

in Limburg nicht mehr führen wird. Rom belässt ihn aber in seiner Funktion als Bischof.

### **Bescheidenheit...**

Herr Tebartz-van Elst, der sich von Berufs wegen zu Wahrheit, Bescheidenheit und Nächstenliebe verpflichtet hat, lässt seine Bischofs-Limousine mit verdunkelten Scheiben in der Fußgängerzone parken – vom Chauffeur – der allerdings «Bischöflicher Zeremoniar» geheißen wird. Nicht bescheiden waren auch unzählige nachträgliche Wünsche und dadurch bedingte Planänderungen, so dass die Kosten aus dem Ruder liefen. Aus dem geplanten 147-Quadratmeter-Bau für den Bischof wurde ein 2000-Quadratmeter-Komplex, bei dem alleine die Wohnung mit mehr als 2,9 Millionen Euro zu Buche schlägt, wie der Sprecher des bischöflichen Vermögensverwaltungsrats, Jochen Riebel, bestätigt hat. Die «Shoppingliste» des «Prasspredigers», wie er auf Twitter verhöhnt wird, hat es in sich. Allein für die Innenausstattung der Wohnung wurden 478000 Euro hingeblickert. Die Edelbadewanne des Designers Philippe Starck hat 15000 Euro gekostet, der neue Garten 783000 Euro. Die Einbauschränke schlagen mit 350000 Euro zu Buche. Der Lichthof im Protzbau kostet weit über zwei Millionen Euro – ebenso die Privatkapelle für Tebartz-van Elst. Weil der Bischof statt eines stehenden einen hängenden Adventskranz haben wollte, musste das sanierte Dach nachträglich aufgesägt werden. Kostenpunkt: ungefähr 100000 Euro. Damit die Ausstattung stimmt, sind Kunstwerke für 450000 Euro angeschafft worden, die in den schlichten Gemäuern wirkungsvolle Akzente setzen. Für einen Tisch im Konferenzraum wurden stolze 25000 Euro bezahlt. Insgesamt belaufen sich die bisher bekannten Kosten auf mehr als ein Drittel des Vermögens des bischöflichen Stuhls Limburg.

### **...Wahrheit...**

Auch die Wahrheit wurde zum Problem. Seit dem Frühjahr 2011 amtiert ein dreiköpfiger Vermögensverwaltungsrat, der sich um Bauabwicklung und Kosten kümmern sollte. Einer der drei ist der bald siebzigjährige Rechtsanwalt Jochen Riebel. Der ehemalige Oberbürgermeister, Landrat und Staatskanzleichef aus Mainz («hier ist sogar der Regen katholisch») ist seit Kindsbeinen an innig mit im Palais nebenan residierenden Bischöfen verbunden. Der Bischof war das Allergrößte. Wenn der was gesagt hat, «das war wie der liebe Gott persönlich». In der letzten Sitzung mit dem Limburger Bischof kamen die desaströsen Kostenüberschreitungen auf den Tisch. Zu diesen Vorhaltungen sagte der Bischof «immer wieder, er habe damit nichts zu tun, er habe davon nichts gewusst. Riebel herrschte ihn mehrfach an, er solle keinen solchen Unsinn reden. Er sagte: Sie sind kein Ehrenmann. Und schrie zuletzt: Sie sind ein Lügner! Sie dürfen nicht Bischof von Limburg sein.» Und: «Herr Bischof, wenn ich hier einen Herzinfarkt bekomme, dann wird meine Frau Sie



verfluchen.»<sup>11</sup> Wochenlang hatte der Verwaltungsrat auf Vorlage der Zahlen gedrungen. Doch der Bischof war «ganz einfach» entschlossen, die Kosten für immer geheim zu halten. Die Sache flog erst auf, als Riebel den Dombaumeister ins Gebet nahm. Dem «stand die Angst ins Gesicht geschrieben, kaum waren die beiden allein, brach er in Tränen aus. Und gestand unter Tränen, mit Berufung auf Frau und Kind: Ich habe Sie immer belogen! Wir alle haben Sie auf Weisung des Bischofs belogen.» Um die Millionenkosten zu verschleiern, hat der Limburger Bischof offenbar die Bausumme in Einzelprojekte gestückelt, die jeweils unter der Grenze von fünf Millionen Euro lagen. Ab dieser Summe müssen Rechtsgeschäfte in der katholischen Kirche vom Papst genehmigt werden. Damit hat er die Kosten systematisch verschleiert und – so nahm man an – den Vatikan getäuscht. Nun hat aber die Katholische Nachrichten-Agentur ein Sitzungsprotokoll veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass der Apostolische Nuntius in Berlin schon vor Baubeginn im Jahr 2010 über die insgesamt zehn Einzelprojekte Bescheid gewusst habe...<sup>12</sup>

### ...und Nächstenliebe

So verwundert die Prophezeiung eines Vatikankenners nicht: «Der Karrieresüchtige und Eitle versorgt dann seine Goldbrokat-Mitra einfach mal vorübergehend im Schrank; er hebt im Vatikan den Wasserbecher statt das Burgunderglas, wenn nur die Kirche im Dorf bleibt, spricht: bis das Prestige-Bistum Mainz oder Köln frei wird, wofür der junge Konservative Franz-Peter Tebartz-van Elst längst vorgesehen war – bzw. ist.»

Nach dem Auffliegen des Skandals diskutiert der Klerus in Limburg nun über die Zukunft der Bischofsresidenz<sup>13</sup>. Der 2000-Quadratmeter-Komplex mit Alabastersteinfenstern, Natursteinverkleidungen und einem eigenen Taubenabwehrsystem könnte bald leer stehen. Denn: Dass Tebartz-van Elst oder ein neuer Bischof die Residenz bezieht, gilt im Ordinariat als schwer vorstellbar. «Der Bau ist so etwas wie eine Erbsünde geworden, die uns der Bischof hinterlassen hat», sagte ein Mitarbeiter. Zu den diskutierten Szenarien gehören ein Flüchtlingsheim, eine Anlaufstelle für Obdachlose und eine Suppenküche. «Der Geldgestank muss weg», meinte ein Mitglied des einflussreichen Domkapitels. Ein weiteres Szenario sieht vor, den mindestens 31 Millionen Euro teuren Bischofssitz als Touristenattraktion zu nutzen. Vielleicht könnte man dadurch die Kosten etwas reduzieren? Am meisten leuchtet wahrscheinlich die Verwendung als Flüchtlingsheim ein. Man stelle sich vor, wie da ein dem grausamen Bürgerkrieg entfloherer Syrer oder ein der brutalen Folter des stalinistischen Regimes entwischter Eritreer in der 15000 Euro teuren Badewanne genüsslich darüber meditieren könnte, wie viel Nächstenliebe ihm widerfährt, indem er im allerletzten Moment den Fluten des Mittelmeers entrissen wurde und jetzt im Luxuswasser des Bischofs

planschen darf – vorausgesetzt, er kann, zumindest für kurze Zeit, das Elend seiner Landsleute vergessen...

### Entschädigungen bis in alle Ewigkeit?

Als Außenstehender sagt man sich: Was soll's? Das geht mich nichts an. Das ist eine Sache für Mitglieder der römisch-katholischen Kirche. Doch hier beginnt der eigentliche Skandal. Vor über 200 Jahren hat der Staat die christlichen Kirchen enteignet. Dafür zahlt er ihnen noch heute Entschädigung. Es geht um etwa 460 Millionen Euro, die der Staat den beiden großen christlichen Kirchen jedes Jahr überweist. Experten schätzen, dass die Steuerzahler seit Gründung der Bundesrepublik etwa 15 Milliarden Euro gezahlt haben. An dem Anspruch der Kirchen auf Entschädigung aber änderten die Jahrhunderte nichts. Dabei waren die Staatsleistungen schon den Autoren der Weimarer Verfassung ein Dorn im Auge. Auch laut dem geltenden Grundgesetz sollen diese Staatsleistungen beendet werden. Geholfen hat es nichts, der Gesetzgeber blieb untätig, der Auftrag der Verfassung bis heute unerledigt.

### Wahres Geistesleben, nicht Geistesluxus!

Auf dem geschilderten Hintergrund werden Rudolf Steiners Worte verständlich: «So wurde denn das ganze Geistesleben, wie es für die herrschende Klasse zu einer Art Kulturluxus geworden war, für das moderne Proletariat zu einer ›Ideologie‹, ein Wort, das man ja immer wieder und wiederum vernahm. Es wurde zu einem bloßen Gewebe von Gedanken und Empfindungen und Gefühlen, die sich ausleben als Rauch.» Aber: «Man versteht die Sache nur richtig, wenn man weiß, dass gegenüber dieser verödenden Ideologie, dieser seelentötenden Ideologie, die im wesentlichen ein Erbgut des Denkens der bisher herrschenden Klasse ist, in der modernen Proletarierseele, die Zeit hatte, über die Menschenwürde und über das wahrhaftige Menschenwerden nachzudenken an der Maschine und in der Einklammerung durch den kapitalistischen Wirtschaftsprozess eine wirkliche Sehnsucht nach einem wahren Geistesleben, nicht nach einem Geistesluxus, nicht nach einem Überfluss, erwachte.»<sup>3</sup>

*Boris Bernstein*

1 Rudolf Steiner, GA 189 15.3.1919.

2 Rudolf Steiner, GA 328 3.2.1919.

3 Rudolf Steiner, GA 329 17.3.1919.

4 Rudolf Steiner, GA 332a 25.10.1919.

5 Rudolf Steiner, GA 329 19.3.1919.

6 *Zeit Online* 18.10.2013.

7 *Zeit Online* 27.10.2013.

8 [www.handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com) 14.10.2013.

9 [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) 16.10.2013.

10 [www.faz.net](http://www.faz.net) 15.10.2013.

11 [www.faz.net](http://www.faz.net) 13.10.2013.

12 *Spiegel Online* 16.10.2013.

13 *Spiegel Online* 27.10.2013.